

Bewaffneter Konflikt oder terroristische Bedrohung?

Der Politologe und Oberst i.R. Carlos Alfonso Velázquez erläutert, weshalb die Regierung irrt, wenn sie den politischen Charakter den Konflikts negiert
(Auszüge nach SEMANA vom 6.12.04)

Ich habe nach einer befriedigenden Erklärung dafür gesucht, weshalb die Regierung den politischen Charakter des bewaffneten Konflikts nicht anerkennt, bis ich den Vortrag des Kommissars für den Frieden, Juan Carlos Restrepo, anlässlich eines Forums der Friedrich Ebert Stiftung hörte:

Zu den Konzepten der Regierung:

"Welche Konzepte hat sie? Das erste: In Kolumbien existiert kein bewaffneter Konflikt, sondern eine terroristische Bedrohung. Über mehrere Jahre verbreitete sich das Konzept des sozialen und bewaffneten internen Konflikts. Damit gibt man zu verstehen, dass in Kolumbien eine Problematik sozialer Art besteht, die nur mittels Gewalt zum Ausdruck kommen kann. Mit dem zweiten, dem der Lösung eines internen Konflikts, will sie zu verstehen geben, dass es in Kolumbien eine Dynamik gibt, die der eines Bürgerkrieges ähnelt..."

Also wird klar, dass die Ausgangsprämisse der Regierung bei der Suche nach Frieden den politischen Hintergrund des Konflikts nicht erkennt. Nun könnte man einwenden, es handele sich dabei nur um ein semantisches Problem ohne größere Bedeutung. Dennoch reicht die Frage weiter, denn diese Angelegenheit führt zu einem Bruch in den strategischen Konsequenzen. In den Aussagen Restrepos könnte man sich der Ablehnung der Charakterisierung des Konflikts als "sozial und bewaffnet" noch anschließen, aber es ist ein Irrtum, ihm seine politische Bedeutung abzuerkennen.

Die Guerilla, ihre wenigen Anhänger und jene, die aus der Legalität mit einigen ihrer Behauptungen übereinstimmen, haben das Konzept des Sozialen und des Bewaffneten propagiert, um der Erhebung der Waffen eine Aura der Legitimität und Rechtfertigung zu geben. Implizit behaupten sie mit diesen Begriffen, dass der Konflikt determiniert ist durch die sozialen Ungerechtigkeiten und dass diese ihn hervorgerufen haben. Freilich wird diese Argumentation seit einiger Zeit von wichtigen Vertretern des akademischen Bereichs nicht mehr aufrecht erhalten. Akzeptierte man diese Charakterisierung, dann verschleierte man die persönliche Verantwortung, die -mit unterschiedlicher Schwere- bei jedem Verantwortlichen der Gewaltakte liegt, besonders für Taten wie Entführungen und terroristische Anschläge. Gleichwohl sind es aber zwei verschiedene Dinge, besagte Begriffe nicht zu akzeptieren oder aber den politischen Hintergrund des Konflikts nicht sehen zu wollen, der in dem Bestreben nach Übernahme der öffentlichen Gewalt besteht.

Es ist eine beweisbare Tatsache, dass diejenigen, die direkt an der Konfrontation beteiligt sind, die organisierte und beabsichtigte Gewalt dazu benutzen, ihre Machtziele zu erreichen, die, ohne deswegen unpolitisch zu werden, laufend zusammenwirken mit privaten kriminellen Interessen. Darüber hinaus ist die Vermengung des Politischen mit dem Kriminellen keineswegs ein ausschließliches Kennzeichen unseres Konflikts. Im Gegenteil: Sie war anzutreffen in vielen kriegerischen Auseinandersetzungen in der Geschichte, z.B. im Amerikanischen Bürgerkrieg.

Das zentrale Argument, mit dem der politische Charakter des Konflikts abgestritten wird, findet man in der Argumentation des Kommissars in seinem Vortrag:

"Andererseits, wenn man von dem bewaffneten Konflikt spricht und ihn auffasst als eine Art Bürgerkrieg, dann lässt man außer Betracht, dass die illegalen bewaffneten Gruppen nicht von der öffentlichen Meinung unterstützt werden, sondern kleine Minderheiten darstellen. Und dass es in Kolumbien weder irgendeine verfassungsmäßige Beschränkung gibt, noch eine Diktatur einer Person, die, wie in früheren Epochen, eventuell rechtfertigen könnte, dass man auf die Waffen zurückgreifen

muss, um Freiheit oder Gerechtigkeit zu suchen".

Dass die bewaffneten Gruppen Minderheiten sind, die nicht mit öffentlicher Unterstützung (zumal der urbanen Bevölkerung) rechnen können, ist sicher. Aber ebenso sicher ist, dass diese Tatsache sie nicht davon abhält, die politische Macht erobern zu wollen.

Das Argument Restrepos könnte also zwar mit Recht angeführt werden, um zu untermauern, dass es sich beim kolumbianischen Konflikt nicht um einen Bürgerkrieg handelt, sondern um eine Konfrontation zwischen großen Banden, die sich in der Gesellschaft gebildet haben.

Aber es ist nicht durchschlagend genug, um das Politische an dem Konflikt auszuschließen.

Ist nach dieser Logik ein Kandidat einer Splitterpartei, die keine Anhängerschaft hat, bei einer Wahl etwa nicht mehr politisch? Von der öffentlichen Meinung gestützt und politisch zu sein, sind verschiedene Dinge.

Und später stoßen wir auf die grundlegende Antwort, warum man dem Konflikt seinen politischen Charakter absprechen möchte: Man glaubt, wenn man ihn bejahe, rechtfertige man die Guerillagruppen. Da begeht man den Irrtum zu glauben, wenn man ein Problem korrekt benenne, rechtfertige man es auch gleichzeitig.

Ein Problem zu identifizieren ist essentiell um ihm zu begegnen und die passende Lösung zu suchen. Umso mehr, wenn man in Rechnung stellt, wie wichtig der Austausch politischer Erklärungen zwischen den Parteien in einer kriegesischen Auseinandersetzung ist. Die Unkenntnis des politischen Hintergrundes kann einen Irrtum mit schweren Folgen nach sich ziehen: Die Unterschätzung des Gegners. Ein Fehler, der in einer großen Zahl wissenschaftlicher Studien über Kriege kritisiert wird.

Auf einen anderen Irrtum ist hinzuweisen, und zwar diesmal auf einen in weiten Kreisen der öffentlichen Meinung verbreiteten. Dort versteht man den politischen Austausch im Rahmen eines Konflikts immer nur als "Dialog" oder "Friedensverhandlungen". Aber das sind nicht seine einzigen Ausdrucksformen.

Wenn ein Konflikt existiert, der trotz seines Abgleitens in die normale Kriminalität politisch-gewaltsam bleibt, führen polarisierende, herabwürdigende oder unpassende Positionen der Regierung immer dazu, dass die Guerilla ihre Selbstrechtfertigung bekräftigt und sich weiter radikalisiert. Und die Positionen des Gegners radikalieren natürlich auch ihrerseits wieder die öffentliche Meinung und die Regierung. All das erhitzt die Köpfe und entfernt die Parteien von einer wirklichen strategischen Effektivität, d.h. vom Weg hin zur Erreichung eines Friedens. Deswegen ist eine gesicherte Identifizierung des Problems so wichtig und keinen Bruch der strategischen Implikationen zu produzieren.

Der strategische Bruch

In einem Seminar, das kürzlich in Houston stattfand, und das sich mit der Nachhaltigkeit einer Politik der demokratischen Sicherheit befasste, kam der Bruch deutlich zum Vorschein in Form der Widersprüche zwischen Regierung und Streitkräften.

Während für General Carlos Alberto Ospina das strategische Schwergewicht darauf liegt, "die Legitimität des Staates zu bewahren", charakterisierte der Präsidentenberater José Obdulio Gaviria im Sinne der Regierung: "Womit wir es zu tun haben, ist eine Demokratie, die vom Drogenterrorismus bedroht ist".

Das bedeutet, wenn wir feststellen, dass das Konzept der Legitimität des Staates ein essenziell politisches ist, wir uns in einem Konflikt mit politischen Kennzeichen befinden.

Der Widerspruch liegt also darin, dass, wenn wir die Position der Regierung einnehmen, das Militär das Zentrum des Konflikts an einer Stelle lokalisiert, wo es sich in Wahrheit nicht befindet.

Und eine gesicherte Verortung des Konfliktzentrums ist von so großer Bedeutung, dass, wenn diese unklar ist, man in Fehler verfällt, die zu einer Niederlage oder einem Festfahren des Konflikts und

seiner unnötigen Verlängerung führen können.

In seinem Buch "On Strategy" (einer kritischen Analyse des Vietnam-Kriegs) zeigt Oberst Harry G. Summers auf, dass die USA wegen eines solchen Irrtums den Krieg verloren. Während die Nordvietnamesen und die von ihnen unterstützten Kräfte als Zentrum des Konflikts für die USA identifizierten "in der Persönlichkeit ihrer Führer, sensibilisiert durch die öffentliche Meinung, die außerdem das Bündnis mit der Regierung Südvietnams störte, war die Weltmacht USA davon überzeugt, dass das Konfliktzentrum der Vietcong als solcher sei. Einige US-Strategen sahen das Zentrum in der nordvietnamesischen Armee wegen der Unterstützung, die diese dem Vietcong gab, aber auch dort befand es sich in Wirklichkeit nicht.

Einige Konsequenzen

Aus dem erwähnten Vakuum stammen mehrere Irrtümer bei der Umsetzung der Politik der demokratischen Sicherheit. Der erste Irrtum ist die Art und Weise, in der der Präsident selbst seinen politischen Bewegungsspielraum bei der Erreichung eines humanitären Abkommens zum Gefangenenaustausch reduziert hat, eines der wenigen politischen Instrumente, über das auch die FARC noch verfügt. Wäre es nicht erfolversprechender, wenn die Regierung die Initiative ergriffe, ihr dieses Instrument zu nehmen? Aber weil sie den politischen Aspekt nicht sehen will, bleibt alles das im Leeren.

Ein anderer Fehler ist es, keine Ergebnisindikatoren entwickelt zu haben, die es erlauben würden, ein objektives Bild darüber zu zeichnen, wie die Situation in einzelnen Gemeinden ist, von denen die Medien eine fortschreitende "Paramilitarisierung" melden.....

Der Indikator, den es gibt, ist der, der die Präsenz der staatlichen Gewalt in Gemeinden und damit die staatliche Kontrolle des Territoriums misst. Er ist wichtig, weil die Anwesenheit der Staatsgewalt erst für das Nachrücken anderer staatlicher Instanzen (Bildung, Justiz, Gesundheit usw.) die Tür öffnet.

Aber dieser Indikator reicht nicht aus, solange er nicht die tatsächliche Ankunft dieser Instanzen anzeigt. Hat die Regierung Pläne in dieser Hinsicht?

Vielleicht meint sie, die Selbstorganisation der örtlichen Gemeinschaften fülle das politische Vakuum, was zweifelhaft ist.....

In Realität erreicht man mit diesen Gremien.....nicht die Wiederherstellung staatlicher Legitimität, sondern eher die der Person von Präsident Uribe.

Das führt uns zu einem noch problematischeren Punkt. Wenn es eine Auszeichnung unseres politischen Regimes gibt, die verhindern konnte, dass die Guerilla an Legitimation und Kampfmoral gewonnen hat, dann ist es die Institutionalität des Landes. Aber warum hat dann diese Institutionalität es zugelassen, dass ein Diskurs über die Verschärfungen des Vorgehens der Guerilla zustande gekommen wäre.....

Hätte die Regierung das Politische am Konflikt in Betracht gezogen,.....dann wäre nach den massenhaften Entführungen und Gefangennahmen offenbar geworden, dass deren Zahl größer ist als die der dafür Verantwortlichen und Schuldigen.

Hätte die Regierung in Sinn gehabt, dass auch während eines bewaffneten Konflikts der Austausch politischer Botschaften möglich ist, dann wäre es nicht dazu gekommen, dass die Ziele der Menschenrechte und des internationalen humanitären Rechts als sog. "linke" Ziele gegen die sog. "rechten" Ziele der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gestellt wurden, wo doch in Wahrheit diese beiden Konzepte keinesfalls einander ausschließen dürfen. Sie sind in Wirklichkeit doch wie siamesische Zwillinge. Ein Ambiente ohne Sicherheit reduziert empfindlich die Respektierung, die Förderung und den Schutz der Menschenrechte und genauso wenig kann es wirkliche Sicherheit ohne die Gültigkeit dieser Rechte geben.

Schließlich leitet sich aus diesem Vakuum auch die Vorgehensweise beim Verhandlungsprozess mit

den AUC (rechte paramilitärische Kampfverbände) ab. Noch immer gibt es da viele Grauzonen, meistens weil man glaubt, Begnadigung und Gerechtigkeit schließen einander aus. Und man sieht keinerlei Anzeichen, dass man den Prozess dazu benutzt, den Sprengstoff zu entschärfen, der sich durch das Problem des Landbesitzes angehäuft hat. Kurz gesagt, man benutzt den Verhandlungsprozess nicht, um die Legitimität des Staates wieder herzustellen. Könnte es sein, das hat den Grund, dass man die Behauptungen der Guerrilla über den Paramilitarismus widerlegen will?

Man muss anerkennen, dass die Politik der demokratischen Sicherheit Uribes verschiedene Ergebnisse gebracht hat, die sich in einem Rückgang der Gewalt ausdrücken, dessen psychologische Effekte die Ansichten über Sicherheit bei einem großen Teil der Bevölkerung verbessert haben. Das hat Wirkungen in einem Ambiente, das die Erholung der Wirtschaft erleichtert hat. Und dennoch begeht man mit der Umsetzung dieser Politik den Fehler, der hier aufgezeigt wurde, und der uns eine neue Frustration auf dem Weg zu einem Frieden beschern könnte.

Und mehr noch: Schon beginnt diese Politik Symptome ihrer Erschöpfung zu zeigen. Mit dem "Steckenbleiben im Sumpf des Konflikts", auf das die Stiftung Sicherheit und Demokratie in ihrem Bericht Nr.6 hinweist, verschärfen sich die Folgen der politisch-strategischen Irrtümer der Regierung.